

Messdiener rausgeschmissen, weil er sich mit AfD-Krah fotografieren ließ

In einer kleinen katholischen Kirchengemeinde in Niederbayern ist ein Oberministrant gefeuert worden, weil er sich mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Maximilian Krah hat fotografieren lassen und das Bild bei einem Messengerdienst veröffentlicht hat.

Nachdem der Pfarrer davon Kenntnis erhielt, bestellte er den Jungen zum „Verhör“ ein, wie der Vater das später beschrieb, und schmiss den Messdiener raus.

Die Eltern des Jungen beschrieben ihren Sohn als „politisch recht interessierten Jugendlichen“, der sich während des Bundeswahlkampfes über die Programme mehrerer Parteien informiert habe. So habe er auch Wahlveranstaltungen des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) und dessen Stellvertreters Hubert Aiwanger (Freie Wähler) besucht: „Danach bat er seinen Vater, mit ihm zu einer Wahlveranstaltung der Partei AfD zu fahren. Dieser erfüllte diesen Wunsch.“

Nach Aussage des jungen Katholiken habe der Pfarrer im Gespräch den AfD-Abgeordneten Krah als „Oberrnazi“ bezeichnet. Zu dem 16-Jährigen sagte der vorgebliche Gottesmann, der sei ein „scheinheiliger, falscher und verlogener Christ“.

Der Junge sagte, er habe vorgehabt, später selbst Priester zu werden. Das dürfte sich damit wohl erledigt haben...

Frau Bär (CSU) will die AfD verbieten - nicht Ihr Ernst, oder?

Die bekannte (von mir sonst durchaus geschätzte) CSU-Politikerin Dorothee Bär hat sich in einem „Spiegel“-Gespräch dafür ausgesprochen, die AfD zu verbieten. Wörtlich sagte sie:

„Wenn man die Partei verbieten könnte, wenn das so einfach wäre, würde ich das natürlich machen.“

Wieso denn? Und wieso „natürlich“?

Die Hürden für ein Parteienverbot sind richtigerweise sehr hoch. Hier in Deutschland ist Demokratie und Rechtsstaat, da verbietet man nicht einfach politische Mitbewerber.

Parteien verbieten - das ist möglich, wenn sie eine ernste Gefährdung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Aber macht die AfD das? In weiten Teilen vertritt die AfD

heute, was früher Politik von CDU und CSU gewesen ist. Das ist kein Wunder, denn zumindest in Westdeutschland speist sich die AfD zu - da bin ich sicher - 90 Prozent aus früheren Unions-Anhängern, die irgendwann in der Merkel-Ära verzweifelt sind.

Natürlich findet sich bei neuen Parteien immer politisches Treibgut. Das war bei den Grünen („Stadtindianer“, Kommunisten) so, das ist bei der AfD so.

Wie viele politische Parteigründungen hat es auf der rechten Seite in den vergangenen Jahrzehnten gegeben? Zwei Dutzend sicher. Und dann ist plötzlich die AfD da und erfolgreich, und dann kommen auch Leute, die schon in vier oder fünf nicht erfolgreichen Parteien vorher dabei gewesen sind und versuchen, sich Mandat oder eine gut dotierte Festanstellung zu sichern. Das ist nicht AfD-immanent, das ist politischer Alltag in allen Parteien. Denken Sie nur an Habecks Großfamilie zuletzt!

Aber eine Partei verbieten?

Weil sie in ihren Reihen auch rechtsradikale Wirrköpfe hat? Nicht Ihr Ernst, Frau Bär? Ja, die gibt es, klar. Ich habe selbst Chatgruppen von AfDlern gesehen - Kommunalpolitiker - die vom Anmieten „sicherer Häuser“ für den Endkampf gegen die Muselmanen faselten, von Waffenlagern, die man anlegen wolle, weil - so wörtlich - es nicht reiche, mal „zwei Somalier zu erschießen“. Diese Leute muss man identifizieren, und mit rechtsstaatlichen Mitteln aus dem Verkehr ziehen. Natürlich! Aber was hat das mit Frau Weidel oder Herrn Vincenz zu tun, und mit all den fleißigen und patriotischen Menschen, die sich für eine andere Politik in Deutschland engagieren?

+++Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18++++

Es ist beschämend, dass es auch in Teilen der Union Bestrebungen gibt, die AfD zu vernichten. Da wird offen darüber gesprochen, „den Verfassungsschutz stärker einzusetzen“. Und Sie wissen, dass ich immer wieder in Beiträgen massiv kritisiere, wie die AfD im Bundestag diskriminiert und der ihr zustehenden Rechte beraubt wird - Ausschussvorsitze, Geld für die Stiftung - das ist unfair, das ist eine Beeinträchtigung des demokratischen Wettbewerbs. Es ist eine Schande.

Niemand muss der AfD beitreten oder sie wählen. Niemand muss sie mögen mit den völkischen Fahnschwingern, mit Ausländerhassern und Putin-Fanboys. Aber das ist nicht DIE AfD, das ist ein kleiner unappetitlicher Teil. Und ich würde mir wünschen, dass die Partei die Kraft hätte, sich konsequent von diesen Gestalten zu trennen.

AfD-Parteiverbot, Frau Bär?

In dem Gespräch sagt die stellvertretende CSU-Vorsitzende auch, die Migrationsprobleme in Deutschland seien die Folge der Ampel-Bundesregierung. Da sollte sie nochmal nachlesen. Die gravierenden Probleme haben im Herbst 2015 mit Merkels Entscheidung zur unkontrollierten Grenzöffnung begonnen. Und die Frau war und ist - aus welchen Gründen auch immer - in der CDU. Vielleicht starten Sie mal eine Initiative, liebe Frau Bär, Frau Merkel aus der CDU rauszuwerfen, bevor

sie konkurrierende Parteien verbieten lassen wollen...

GASTSPIEL THILO SCHNEIDER: Das ein Davidsterne-Hotel

Stellen Sie sich folgenden Fall vor: Sie stehen in einer Schlange vor dem Check-In eines Hotels, in dem ein verzweifelter Hotelmitarbeiter versucht, seine EDV in den Griff zu kriegen. Sie sind brav und geduldig und bemerken, dass Leute hinter Ihnen in der Schlange plötzlich seitens der Hotelleitung an einen weiteren Counter vorgezogen werden.

Als Sie endlich an die Reihe kommen und nachfragen, warum andere Gäste vorgezogen wurden, erklärt Ihnen der Concierge, dass er „die Schlange entzerren wollte“, in der Sie selbst ja standen. Er wollte sie also „entzerren“ – aber ohne Sie. Und er bittet Sie, Ihren offen sichtbaren Anhänger mit dem Namen Allahs abzunehmen. Auch ein anderer Mitarbeiter, der in der Nähe steht, bittet Sie darum. Muslime werden hier anscheinend benachzigt bedient.

Wahrscheinlich würde Sie das nicht einmal so sehr verwundern oder stören, wenn fett und falsch „Hermann’s Hotel“ auf der Banderole des zwei-Sterne-Tempels in Heidewitzka/Ostsachsen stünde. Sie sind eben im hintersten Finsterwalde oder dem finstersten Hinterwalde in einem abgeranzten Schuppen abgestiegen, dessen Inhaber und Personal Muslime mit einer Mischung aus Argwohn, Furcht und Verachtung betrachten. Und wahrscheinlich würden Sie kaum aufmucken, wenn und weil diese Wohlfühloase das einzige Etablissement vor Ort wäre – obwohl es auch gerade dann sehr leichtsinnig wäre, seine Gäste wie Kehricht zu behandeln. Andererseits würden Sie vielleicht wenig Laune verspüren, Gast von offensichtlich rechtsradikalen Ausländerfeinden zu sein und dafür auch noch mit Euro statt Reichsmark zu bezahlen. Und für eine Nacht geht auch ein umgeklappter Autositz.

Sie haben das Bild? Dann ersetzen Sie den Anhänger mit dem Namen Allahs durch einen Davidstern. Ersetzen Sie Heidewitzka durch Leipzig. Ersetzen Sie „Hermann’s Hotel“ durch „Westin“. Den exakt so wurde laut [Eigenaussage](#) der Sänger [Gil Ofarim](#) dort behandelt. Sein „Vergehen“ – sein offenes Bekenntnis zu seinem Judentum in Form eines „Magen David“. Der Countermanager ist dennoch zuvorkommend: Wenn Ofarim den Stern „wegpackt“, dann darf er einchecken. Wer kein Instagram hat und dem link nicht folgen kann: Ofarim schildert die Situation, sichtlich den Tränen nahe, auf dem Bordstein vor dem „Westin“ Leipzig in einem Video. Er hat den Stern nicht eingepackt und im Hotel nicht ausgepackt. Zu Recht(s).

Ich kenne den im Video angesprochenen Concierge, „Herrn W.“ nicht und auch nicht den weiteren im

Bunde: Aber wenn sich das so, wie von Ofarim geschildert, zugetragen hat, dann ist das ein antisemitischer Skandal allererster Güte. In welchem Land leben wir eigentlich, in dem jüdische Bürger **verdroschen werden** oder nicht in ein Hotel einchecken dürfen, weil sie einen Davidstern tragen? Ist das das gleiche Land, dessen Politiker ihr „Nie wieder!“ mantramässig vor sich hertragen, aber vor tatsächlichem Antisemitismus die Augen ganz feste schließen?

Ich wäre auf die Aussagen und armfuchtelnden Erklärungen von Herrn W. und seinem Kollegen höchst gespannt, warum sie Ofarim den Check-In im West-In verweigert haben. „Unklug“ war das in jedem Fall. Und das „Westin“ ist kein kleiner Laden, sondern ein wahrer **Hoteltempel** der Marriott-Gruppe mit alleine in Leipzig 436 Zimmern und 4000 Quadratmetern Konferenzräumen. Es ist auch kein Hobby für Sozialhilfeempfänger, ich selbst bin oft genug dort abgestiegen und habe für das „besondere Ambiente“ hier ca. 100,- Euro gelätzt. Und das sind die Zimmer für die Billigtouristen. Wer es besonders hübsch und gediegen mag, der kann auch bis zu rund 360,- Euro für die Nacht hinblättern. Um, laut Eigenwerbung, „eine beispiellose Fusion von lokaler Geschichte und modernem Design in Leipzig“ zu erleben. Beispielsweise die Geschichte der Jahre 1933 bis 1945? Zumindest kann Gil Ofarim bestätigen, dass er „die besondere Atmosphäre“ wahrgenommen hat, die dort herrscht.

Vielleicht hat Ofarim auch nur eine etwas andere Vorstellung von der „ungeteilten Aufmerksamkeit“, mit der sich „um alle Ihre Bedürfnisse mit exzellentem und zuvorkommendem Service“ gekümmert wird“ als dieses Puzzlestückchen und Sahnehäubchen der Marriott-Kette? Vielleicht werden offensichtliche Juden ja dort tatsächlich „mit besonderer Aufmerksamkeit“ bedient? Ja, sogar „sonderbehandelt“? „Besondere Aufmerksamkeit“ ist ein neutraler Begriff...

Ich kann mir das, ehm, „unglückliche“ Verhalten eines Counters in einem derartigen Nobelhotel nur dadurch erklären, dass dort möglicherweise gleichzeitig mehrere hochrangige Regierungs-Delegationen Saudi-Arabiens, des Iran, der Fatah, der Hamas und der Taliban abgestiegen sind, die sich angesichts eines Juden mit Davidstern und Nasenring sofort spontan selbst entzündet hätten. Aber selbst dann...

Update: Das „Westin“ versucht laut einem Bericht des **Focus** „mit allen Mitteln“ mit Ofarim „in Verbindung zu treten“, während sie „nachforschen, was passiert ist“. Na, dann nassforscht mal nach...

Hotelkritik: 1 von 5 möglichen Davidsternen.

(Weitere Hotel-Kritiken des Autors unter www.politticker.de)

*Von Thilo Schneider ist in der Achgut-Edition erschienen: **The Dark Side of the Mittelschicht**, Achgut-Edition, 224 Seiten, 22 Euro.*

Ich will auch so einen Preis!

Endlich!

Das Land Hessen hat erstmals einen „Preis für lesbische Sichtbarkeit“ verliehen.

„Oft bleiben sie als lesbische Frauen* dabei jedoch unsichtbar, erfahren strukturelle Diskriminierungen sowie die De-Thematisierung ihrer Identität(en) und werden unsichtbar gemacht.“ So heißt es in der Begründung der Landesregierung, und das finde ich toll.

Vielleicht ist jemand von Ihnen so freundlich, mich der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen auch mal für einen Preis vorzuschlagen. Ich bin zwar nur (gern) heterosexuell, aber werde dafür, dass ich gern Mann bin, auch zunehmend von der Feminismus-Industrie diskriminiert als potentieller Vergewaltiger. Das allein wird aber wahrscheinlich für einen Preis nicht reichen, denn wir Männer sind ja bekanntermaßen alle so.

Aber wie wäre es mit einem Preis für „rechtspopulistische Sichtbarkeit“? Rechtspopulisten sind ständig strukturellen Diskriminierungen in Deutschland ausgesetzt und werden medial unsichtbar gemacht, so bald sie etwas Kluges veröffentlichen, was ich zweifellos täglich mache.

Diskriminierung unliebsamer Meinungen auf der Buchmesse

Was waren das für salbungsvolle Worte zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse. Die Buchmesse sei „ein guter Ort, miteinander zu reden“, behauptete Außenminister Heiko Maas (SPD). Und unsere Gesellschaft brauche, „dass wir diskutieren, widersprechen, querdenken und auch streiten.“ Heinrich Riethmüller vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels phantasierte, die Buchmesse sei „ein Ort der Meinungs- und Pressefreiheit“.

Aber mitnichten ist sie das, wie die Messeleitung in Frankfurt um ihren Direktor Juergen Boos eindrucksvoll dokumentiert. Abseits von mehreren Tausend Verlagen, die sich in Frankfurt präsentieren, gibt es eine „Sackgasse“, abseits des Publikumsverkehrs, in der Verlage „dieses Spektrums“ platziert sind, wie Boos das abschätzig formuliert. Das sei aus Sicherheitsgründen notwendig. Und „dieses Spektrum“ ist rechts der Mitte.

In Wahrheit ist das Vorgehen der Messeleitung übelste Diskriminierung konservativer Verlage wie der „Jungen Freiheit“ oder „Manuskriptum“. Und es ist der Beleg, dass gerade diese Herrschaften mit Toleranz und bunter Vielfalt aber auch gar nichts am Hut haben.

Wenn die Polizei Südländer nicht Südländer nennen darf

Was haben wir gelacht, als wir vor einigen Monaten gelesen haben, dass die Polizei in Belgien nach 21 Uhr keine Hausdurchsuchungen mehr durchführen darf, weil auch Terroristen das Recht hätten, mal auszuruhen. Aber ganz ehrlich: der politisch korrekte Schwachsinn in Deutschland steht dem in anderen Ländern um nichts nach.

In Bielefeld hat sich jetzt der „Integrationsrat“ über die Polizei mockiert. Die spreche in Fahndungsaufrufen immer von „südländischer Typ“ und das sei eine „Stigmatisierung“ von Flüchtlingen.

Ich habe wirklich den guten Willen, etwas dazuzulernen. Aber wenn ein südländischer Typ der Täter eines Verbrechens war - wie dürfen wir ihn dann politisch korrekt bei der Fahndung benennen? „nen Typ“ ist möglicherweise nicht ausreichend, um den Täter dingfest zu machen. Und überhaupt: wäre das nicht eine Diskriminierung von Männern? Impliziert so ein Fahndungsaufruf nicht, dass Männer häufiger Straftäter sind? Und: Hat der Gesuchte eine Glatze - will er dann überhaupt, dass so nach ihm gefahndet wird? Oder verstößt das dann gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung?

Es ist irre, mit was für einem Schwachsinn, sich unsere satte und selbstzufriedene Gesellschaft beschäftigt. Würde mich nicht wundern, wenn demnächst ein Bielefeld ein Runder Tisch gegründet würde, um über richtig formulierte Fahndungen nach südländischen Typen, die man aber so nicht nennen darf, zu diskutieren. Natürlich mit einer Frauenquote und zwei Stühlen für Transgender....

Frauen müssen leider draußen bleiben

Berlin - Der Berliner [Kurier](#) berichtet heute über einen Vorfall, den all die wackeren Feministinnen im Land nicht interessieren. Zufällig war ein Reporter der Tageszeitung vor einem Lokal nebenan, als er von „einer türkischen Frau Mitte Vierzig“ angesprochen wurde, ob er wohl für sie in die Gaststätte - eine „Sportsbar“ - gehen und Zigaretten kaufen könne. Auf die Nachfrage, warum sie nicht selber hinein gehe, antwortete sie: „Frauen dürfen da nicht rein.“ Die Neugier des Kollegen war geweckt. er ging hinein, fragte den Wirt, der bestätigte, dass in seinem Laden Frauen als Gäste nicht willkommen seien.

Auch das ist Deutschland im Jahr 2018 nach *#wirschaffendas*.

Von Kreuzen, Fischen und Fleischwurst

Die BILD berichtet heute von einem neuen Fall von BehördenGaga. Dazu muss man vorab wissen, dass es in unserer sympathischen Hauptstadt ein Neutralitätsgesetz gibt, das regelt: Polizisten, Lehrer und Justizmitarbeiter dürfen im Dienst keine religiös geprägten Kleidungsstücke tragen.

So musste eine Lehrerin aus Berlin auf Anweisung der Schulbehörde ihre Halskette mit christlichem Kreuz ablegen. Irgendwer - ich weiß auch nicht wer - könnte sich davon gestört fühlen. Die Pädagogin trägt jetzt eine neue Kette. Mit einem Fisch-Anhänger, auch ein christliches Symbol. Es stammt aus frühchristlichen Zeiten und besteht aus zwei gekrümmten Linien, die einen Fisch darstellen. Christen benutzten das Zeichen damals, als es für die Anhänger der neuen Religion von diesem Jesus gesellschaftlich ausgesprochen ungemütlich war, als geheimes Erkennungszeichen. Über viele Jahrhunderte war das kein Problem, bis man es als solches im neuen bunten Deutschland wiederentdeckte. „Sollte es sich um ein religiöses Symbol handeln, muss es abgenommen werden“, wird die Sprecherin der Bildungsverwaltung, Beate Stoffers, in der BILD zitiert.

Also zusammengefasst: Wenn man sich eine Kette mit einem Fisch-Symbol als Schmuck um den Hals hängt, greift unser wehrhafter Staat beherzt ein. Hoffentlich muss die arme Lehrerin nicht noch ins Gefängnis. Nächstes Mal könnte sie sich ja eine kleine Emaille-Fleischwurst als Schmuck umhängen. Das ist zwar kein christliches Symbol, aber wie wir wissen: Schweinefleisch geht ja gar nicht...

Eine Schocker-Zahl und die Wirklichkeit dahinter

Zeitungsleser und überhaupt Mediennutzer wissen es längst: Frauen sind immer Opfer. Sie werden benachteiligt, sie stoßen beim Aufstieg an gläserne Decken, sie werden von ihren männlichen Partnern zum trostlosen Dasein am heimischen Herd gezwungen, und natürlich werden sie auch grundsätzlich schlechter bezahlt als Männer - und zwar um 22 Prozent, wie man uns heute zum sogenannten „Equal Pay Day“ mal wieder dauerberieselt. Das Problem dabei: Um auf diese niederschmetternde Zahl zu kommen, rechnet sich die Feminismus- und Gender-Industrie die Zahlen auf eine dreiste Weise passend, die weit unter dem in anderen Zusammenhängen gern gezeigten „Stammtisch-Niveau“ bleibt. Einfach erklärt funktioniert das so: Man zählt die Durchschnittsgehälter von Frauen zusammen und teilt sie. Und dann zählt man die Durchschnittsgehälter von Männern zusammen und teilt sie. Und in der Tat: dann gibt es einen Unterschied von 22 Prozent zuungunsten der Frauen. Das aber hängt mit zwei Faktoren zusammen, die gern unterschlagen werden. Zum einen wählen Frauen in großer Zahl Berufe, die sie freiwillig gern ausüben, und die schlechter bezahlt sind. Etwa (skandalöserweise!) in Pflegeberufen, im Sekretariaten, als Verkäuferin im Einzelhandel oder - ja, auch das - als Friseurin. Männer hingegen entscheiden sich meistens für technische Berufe oder streben eher nach Führungspositionen in Verwaltungen und Unternehmen, die besser bezahlt werden. Auch der berühmte alljährliche „Girl's Day“ hat daran trotz Millionen Euros Staatsknete nichts ändern können. Das ist zu bedauern, aber es ist statistisch unübersehbar, dass keineswegs jede Frau Managerin oder Vorstand(*in) werden oder in einen Aufsichtsrat berufen werden WILL. Nicht, weil das System ihnen den Zugang versperren würde. Nicht, weil sie nicht genauso klug und bestens ausgebildet sind wie Männer. Sondern weil sie es wollen.

Der zweite Grund ist: Frauen bekommen Kinder. Eine ganze Industrie beschäftigt sich heutzutage damit, diesen Aspekt in der politischen Diskussion entweder auszublenden oder wenigstens Modelle zu entwickeln, Kinder schnellstmöglich nach der Geburt wegzuzorganisieren. Mutti in die Produktion! Doch trotz deutlicher materieller Benachteiligung entscheidet sich auch im Jahr 2015 in Deutschland eine Mehrheit von ca. 65% der Eltern - und damit überwiegend der Mütter - dafür, die ersten Worte und Schritte des eigenen Nachwuchses selbst mitzuerleben und nicht aus den Erzählungen der Krippen-Betreuerinnen zu erfahren. Auch das mag man bedauern - ich tue das ausdrücklich nicht. Die Folge ist jedoch, dass diese Frauen für zwei oder gar drei Jahre pro Kind vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind. Da wir in Zeiten des Manteltarifvertrages inzwischen viele Branchen haben, in denen Lohnsteigerungen nicht mit guten Leistungen, sondern mit jahrelanger Anwesenheit „erworben“ werden, sind Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern, klar im Nachteil. Von einer Bundesfamilienministerin sollte man erwarten, dass sie sich darum kümmert, diese Diskriminierung von Müttern zu bekämpfen und Modelle zu entwickeln, dass diese (meistens) Frauen, die einen unschätzbaren Dienst für unsere Gesellschaft leisten, indem sie Kinder bekommen und großziehen, keine finanziellen Einbußen erleiden müssen. Aber Manuela Schwesig baut Krippen und kämpft gegen Rechts. Die Mehrheit der Mütter in Deutschland hat von dieser Ministerin wahrlich nichts zu erwarten.

Betrachtet man sich die Fakten, relativieren sich die 22 Prozent sehr stark. Das Statistische Bundesamt geht von acht Prozent Gehaltsunterschied aus, das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) spricht von vier Prozent. Diese ungerechtfertigten Unterschiede gilt es zu bekämpfen, da bin ich ganz vorn dabei. Aber die medial verbreiteten Horrormeldungen der Gender-Industrie dienen nur dazu, ein Thema immer

wieder aufzuwärmen, mit denen man wunderbar Fördergelder vom Staat begründen, ja abzocken kann.